
2006**Ausgegeben zu Bonn am 16. Mai 2006****Nr. 13**

Tag	Inhalt	Seite
17. 1.2006	Bekanntmachung des deutsch-georgischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	418
21. 2.2006	Bekanntmachung der Änderung des Anhangs zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping	421
27. 3.2006	Bekanntmachung zu dem Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	434
27. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei und des Protokolls hierzu	435
30. 3.2006	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ (Nr. DOCPERTC-05-04)	436
3. 4.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel	439
10. 4.2006	Bekanntmachung des deutsch-indonesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	439
10. 4.2006	Bekanntmachung des deutsch-honduranischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	441
13. 4.2006	Bekanntmachung zu dem Sechsten Protokoll zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates	443
13. 4.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	444
21. 4.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	444
21. 4.2006	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kapverdischen Abkommens über den Luftverkehr	445
21. 4.2006	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-äthiopischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	445
21. 4.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Gemeinsamen Übereinkommens vom 5. September 1997 über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle	446
21. 4.2006	Bekanntmachung des deutsch-nepalesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	446
24. 4.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	448

**Bekanntmachung
des deutsch-georgischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 17. Januar 2006

Das in Tiflis am 2. Dezember 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 – 2005 wird nachstehend veröffentlicht.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach seinem Artikel 7 erfüllt sind.

Bonn, den 17. Januar 2006

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 – 2005

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung von Georgien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Georgien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen über Finanzielle und Technische Zusammenarbeit vom 18. bis 20. Oktober 2004 in Bonn,

unter Bezugnahme auf die Abkommen vom 28. Februar 1994, vom 5. November 1997, vom 21. Dezember 1998 und vom 18. Dezember 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über Finanzielle Zusammenarbeit und auf die politischen Gespräche am 1. Juni 2005 in Tiflis –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung von Georgien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der KfW, Frankfurt (Main), folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 17 000 000,- EUR (in Worten: siebzehn Millionen Euro) für die Vorhaben
 - a) „Rehabilitierung von Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur in Batumi (Phase 1)“ bis zu 9 500 000,- EUR (in Worten: neun Millionen fünfhunderttausend Euro),
 - b) „Aufbau eines Einlagensicherungssystems“ bis zu 3 500 000,- EUR (in Worten: drei Millionen fünfhunderttausend Euro),
 - c) „Rehabilitierungsprogramm Stromverteilung I“ bis zu 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro) für die Vorhaben
 - a) Begleitmaßnahme zum Vorhaben „Rehabilitierung von Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur in Batumi“ bis zu 500 000,- EUR (in Worten: fünfhunderttausend Euro),
 - b) Begleitmaßnahme zum Vorhaben „Aufbau eines Einlagensicherungssystems“ bis zu 500 000,- EUR (in Worten: fünfhunderttausend Euro).

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich bereit, zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Beträgen, im Rahmen der in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden innerstaatlichen Richtlinien und bei Vorliegen der Deckungsvoraussetzungen Finanzkreditbürgschaften bis zu 13 000 000,- EUR (in Worten: dreizehn Millionen Euro) zur Ermöglichung von Mischfinanzierungskrediten der Finanziellen Zusammenarbeit durch die KfW für die in Absatz 1 genannten Vorhaben zu übernehmen. Die Finanzkreditbürgschaft ist für folgendes Vorhaben vorgesehen: „Rehabilitierung Stromverteilung I“.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung von Georgien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen ebenfalls Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(3) Die Regierung von Georgien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung von Georgien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung von Georgien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in Georgien erhoben werden.

Artikel 4

(1) Die Regierung von Georgien erhebt von den Firmen und Fachkräften, die mit von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglichten Mitteln finanziert werden, für Lieferungen, Leistungen und Erfüllung von Arbeiten zugunsten der im Rahmen dieses Abkommens aufgeführten Vorhaben keine direkten Steuern (insbesondere Einkommen-, Gewinnsteuer und andere direkte Steuern) und Sozialabgaben. Ausgenommen von dieser Steuerbefreiung sind:

- Firmen mit Sitz oder Geschäftsleitung in Georgien,
- ausländische Firmen, die eine steuerliche Betriebsstätte in Georgien nach den Grundsätzen gemäß Artikel 5 des OECD-Musterabkommens 2000 (zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen) durch eine nicht durch FZ-Mittel finanzierte Tätigkeit begründen,
- lokale Mitarbeiter mit der Ausnahme entsandter (deutscher bzw. ausländischer) Fachkräfte.

(2) Bei den indirekten Steuern (insbesondere Verbrauchssteuer) garantiert die Regierung von Georgien, dass die Mittel der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, welche der Finanzierung von Firmen und Fachkräften für Lieferungen und Leistungen und Erfüllung von Arbeiten zugunsten der im Rahmen des oben genannten Abkommens definierten Vorhaben dienen, nicht zur Erbringung der in diesem Absatz genannten Steuern verwendet werden.

(3) Soweit nach dem vorstehenden Absatz die Mittel nicht zur Finanzierung der indirekten Steuern verwendet werden dürfen, hat die Regierung von Georgien vorab die entsprechenden Mittel in ihrem Haushalt zur Verfügung zu stellen. Die KfW kann entsprechende Nachweise verlangen. Etwaige im Widerspruch mit diesem Artikel erhobene Steuern hat die Regierung von Georgien zu erstatten.

(4) Die Regierung von Georgien befreit den Import von Materialien, Ausrüstung und Hilfsstoffen, welche nachweislich zur Erfüllung der nach diesem Abkommen finanzierten Vorhaben nach Georgien eingeführt werden, von sämtlichen Steuern, Zöllen, Abgaben und sonstigen Gebühren, die in Georgien gesetzlich vorgeschrieben sind.

Artikel 5

Die Regierung von Georgien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 6

(1) Das im Abkommen vom 28. Februar 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung

von Georgien über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Sektorprogramm Landwirtschaft“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 7 000 000,- DM (in Worten: sieben Millionen Deutsche Mark); nachrichtlich in Euro: 3 579 043,16 EUR (in Worten: drei Millionen fünfhundertneunundsiebzigtausenddreihundertvierzig Euro sechzehn Cent) wird mit einem Betrag in Höhe von 255 645,94 EUR (in Worten: zweihundertfünfundfünfzigtausendsechshundertfünfundvierzig Euro vierundneunzig Cent) reprogrammiert und zusätzlich für die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a erwähnte Begleitmaßnahme zum Vorhaben „Rehabilitierung von Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur in Batumi“ verwendet und nunmehr als Finanzierungsbeitrag gewährt.

(2) Weitere 300 000,- EUR (in Worten: dreihunderttausend Euro), die die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2003 im Wege einer Sonderzusage für „Begleitmaßnahmen zum Naturschutzprogramm Südkaukasus“ bereitgestellt hat, werden gemäß Ziffer 2.1. der Ergebnisi Niederschrift der Verhandlungen vom 20. Oktober 2004 über die Finanzielle und Technische Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien nunmehr in voller Höhe ebenfalls zusätzlich für die in Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a erwähnte Begleitmaßnahme zum Vorhaben „Rehabilitierung von Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur in Batumi“ verwendet. Diese Zusage entfällt, soweit nicht bis zum Ablauf des 31. Dezembers 2011 der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlossen wurde.

(3) Das im Abkommen vom 18. Dezember 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Rehabilitierung des Wasserkraftwerkes Warziche“ auf einen Betrag von 8 500 000,- EUR (in Worten: acht Millionen fünfhunderttausend Euro) gekürzte Darlehen wird in Höhe von 8 313 250,19 EUR (in Worten: acht Millionen dreihundertdreizehntausendzweihundertfünfzig Euro neunzehn Cent) reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Sektorbezogenes Programm Stromversorgung“ verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist. Diese Zusage entfällt mit einem Teilbetrag von 2 920 956,83 EUR (in Worten: zwei Millionen neunhundertzwanzigtausendneunhundertsechsfünfundfünfzig Euro dreiundachtzig Cent), soweit nicht bis zum Ablauf des 31. Dezembers 2005 der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde und mit einem Teilbetrag von 1 813 250,19 EUR (in Worten: eine Million achthundertdreizehntausendzweihundertfünfzig Euro neunzehn Cent), soweit nicht bis zum Ablauf des 31. Dezembers 2006 der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der eingangs erwähnten Abkommen vom 5. November 1997, vom 21. Dezember 1998 und vom 18. Dezember 2003 auch für dieses Abkommen.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Regierung von Georgien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tiflis am 2. Dezember 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Uwe Schramm

Für die Regierung von Georgien

Alexi Alexischwili

**Bekanntmachung
der Änderung des Anhangs
zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping**

Vom 21. Februar 2006

Die Beobachtende Begleitgruppe zum Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping (BGBl. 1994 II S. 334) hat die Änderung des Anhangs des Übereinkommens beschlossen. Die Änderung ist am 1. Januar 2006 in Kraft getreten und wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. April 2005 (BGBl. II S. 372).

Berlin, den 21. Februar 2006

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
Schneider

Anti-Doping Convention (T-DO) The 2006 prohibited list

adopted by the Monitoring Group
at its 22nd meeting on 15 – 16 November 2005

The 2006 prohibited list*)

World anti-doping code

Valid 1 January 2006

The use of any drug should be limited to medically justified indications

Substances and methods prohibited at all times (in- and out-of-competition)

Prohibited substances

S1. Anabolic agents

Anabolic agents are prohibited.

1. Anabolic Androgenic Steroids (AAS)

a. Exogenous**) AAS, including:

1-androstendiol (5 α -androst-1-ene-3 β ,17 β -diol); 1-androstendione (5 α -androst-1-ene-3,17-dione); bolandiol (19-norandrostenediol); bolasterone; boldenone; boldione (androsta-1,4-diene-3,17-dione); calusterone; clobol; danazol (17 α -ethynyl-17 β -hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazole); dehydrochlormethyltestosterone (4-chloro-17 β -hydroxy-17 α -methylandrosta-1,4-dien-3-one); desoxymethyltestosterone (17 α -methyl-5 α -androst-2-en-17 β -ol); drostanolone; ethylestrenol (19-nor-17 α -pregn-4-en-17-ol); fluoxymesterone; formebolone; furazabol (17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androstan-2,3-c-furazan); gestrinone; 4-hydroxytestosterone (4,17 β -dihydroxyandrost-4-en-3-one); mestanolone; mesterolone; metenolone; methandienone (17 β -hydroxy-17 α -methylandrosta-1,4-dien-3-one); methandiol; methasterone (2 α , 17 α -dimethyl-5 α -androstan-3-one-17 β -ol); methyl-dienolone (17 β -hydroxy-17 α -methylene-4,9-dien-3-one); methyl-1-testosterone (17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androst-1-en-3-one); methylnor-testosterone (17 β -hydroxy-17 α -methylestr-4-en-3-one); methyltrienolone (17 β -hydroxy-17 α -methylene-4,9,11-trien-3-one); methyltestosterone; mibolerone; nandrolone; 19-norandrostenedione (estr-4-ene-3,17-dione); norboletone; norclobol; norethandrolone; oxabolone; oxandrolone; oxymesterone; oxymetholone; prostanazol ([3,2-c]pyrazole-5 α -etioallocholane-17 β -tetrahydropyranol); quinbolone; stanozolol; stenbolone; 1-testosterone (17 β -hydroxy-5 α -androst-1-en-3-one); tetrahydrogestrinone (18 α -homo-pregna-4,9,11-trien-17 β -ol-3-one); trenbolone and other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s).

b. Endogenous***) AAS:

androstenediol (androst-5-ene-3 β ,17 β -diol); androstenedione (androst-4-ene-3,17-dione); dihydrotestosterone (17 β -hydroxy-5 α -androstan-3-one); prasterone (dehydroepiandrosterone, DHEA); testosterone and the following metabolites and isomers:

5 α -androstan-3 α ,17 α -diol; 5 α -androstan-3 α ,17 β -diol; 5 α -androstan-3 β ,17 α -diol; 5 α -androstan-3 β ,17 β -diol; androst-4-ene-3 α ,17 α -diol; androst-4-ene-3 α ,17 β -diol; androst-4-ene-3 β ,17 α -diol; androst-5-ene-3 α ,17 α -diol; androst-5-ene-3 α ,17 β -diol; androst-5-ene-3 β ,17 α -diol; 4-androstenediol (androst-4-ene-3 β ,17 β -diol); 5-androstenedione (androst-5-ene-3,17-dione); epi-dihydrotestosterone; 3 α -hydroxy-5 α -androstan-17-one; 3 β -hydroxy-5 α -androstan-17-one; 19-norandrosterone; 19-noretiocholanolone.

Where an anabolic androgenic steroid is capable of being produced endogenously, a Sample will be deemed to contain such Prohibited Substance where the concentration of such Prohibited Substance or its metabolites or markers and/or any other relevant ratio(s) in the Athlete's Sample so deviates from the range of values normally found in humans that it is unlikely to be consistent with normal endogenous production. A Sample shall not be deemed to contain a Prohibited Substance in any such case where an Athlete proves that the concentration of the Prohibited Substance or its metabolites or markers and/or the relevant ratio(s) in the Athlete's Sample is attributable to a physiological or pathological condition.

In all cases, and at any concentration, the Athlete's sample will be deemed to contain a Prohibited Substance and the laboratory will report an Adverse Analytical Finding if, based on any reliable analytical method (e.g. IRMS), the laboratory can show that the Prohibited Substance is of exogenous origin. In such case, no further investigation is necessary.

*) The Prohibited List identifies some substances or their metabolites (cannabinoids, cathine, ephedrine, methylephedrine, epitestosterone, 19-norandrosterone, morphine, salbutamol, testosterone/epitestosterone ratio) are subject to laboratories establishing that a certain threshold has been reached before an adverse analytical finding is reported.

For purposes of this section:

**) "exogenous" refers to a substance which is not ordinarily capable of being produced by the body naturally.

For purposes of this section:

***) "endogenous" refers to a substance which is capable of being produced by the body naturally.

If a value in the range of levels normally found in humans is reported and the reliable analytical method (e.g. IRMS) has not determined the exogenous origin of the substance, but if there are serious indications, such as a comparison to reference steroid profiles, of a possible Use of a Prohibited Substance, further investigation shall be conducted by the relevant Anti-Doping Organization by reviewing the results of any previous test(s) or by conducting subsequent test(s), in order to determine whether the result is due to a physiological or pathological condition, or has occurred as a consequence of the exogenous origin of a Prohibited Substance.

When a laboratory has reported a T/E ratio greater than four (4) to one (1) and any reliable analytical method (e.g. IRMS) applied has not determined the exogenous origin of the substance, further investigation may be conducted by a review of previous tests or by conducting subsequent test(s), in order to determine whether the result is due to a physiological or pathological condition, or has occurred as a consequence of the exogenous origin of a Prohibited Substance. If a laboratory reports, using an additional reliable analytical method (e.g. IRMS), that the Prohibited Substance is of exogenous origin, no further investigation is necessary and the Sample will be deemed to contain such Prohibited Substance.

When an additional reliable analytical method (e.g. IRMS) has not been applied and a minimum of three previous test results are not available, the relevant Anti-Doping Organization shall test the Athlete with no advance notice at least three times within a three-month period. If the longitudinal profile of the Athlete that is subject to the subsequent tests is not physiologically normal, the result shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

In extremely rare individual cases, boldenone of endogenous origin can be consistently found at very low nanograms per milliliter (ng/mL) levels in urine. When such a very low concentration of boldenone is reported by a laboratory and any reliable analytical method (e.g. IRMS) applied has not determined the exogenous origin of the substance, further investigation may be conducted by a review of previous tests or by conducting subsequent test(s). When an additional reliable analytical method (e.g. IRMS) has not been applied, a minimum of three no advance notice tests in a period of three months shall be conducted by the relevant Anti-Doping Organization. If the longitudinal profile of the Athlete who is subject to the subsequent tests is not physiologically normal, the result shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

For 19-norandrosterone, an Adverse Analytical Finding reported by a laboratory is considered to be scientific and valid proof of exogenous origin of the Prohibited Substance. In such case, no further investigation is necessary.

Should an Athlete fail to cooperate in the investigations, the Athlete's Sample shall be deemed to contain a Prohibited Substance.

2. Other Anabolic Agents, including but not limited to:

Clenbuterol, tibolone, zeranol, zilpaterol.

S2. Hormones and related substances

The following substances, including other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s), and their releasing factors, are prohibited:

1. Erythropoietin (EPO);
2. Growth Hormone (hGH), Insulin-like Growth Factors (e.g. IGF-1), Mechano Growth Factors (MGFs);

3. Gonadotrophins (LH, hCG), prohibited in males only;
4. Insulin;
5. Corticotrophins.

Unless the Athlete can demonstrate that the concentration was due to a physiological or pathological condition, a Sample will be deemed to contain a Prohibited Substance (as listed above) where the concentration of the Prohibited Substance or its metabolites and/or relevant ratios or markers in the Athlete's Sample so exceeds the range of values normally found in humans that it is unlikely to be consistent with normal endogenous production.

If a laboratory reports, using a reliable analytical method, that the Prohibited Substance is of exogenous origin, the Sample will be deemed to contain a Prohibited Substance and shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

The presence of other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s), diagnostic marker(s) or releasing factors of a hormone listed above or of any other finding which indicate(s) that the substance detected is of exogenous origin, will be deemed to reflect the use of a Prohibited Substance and shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

S3. Beta-2 agonists

All beta-2 agonists including their D- and L-isomers are prohibited.

As an exception, formoterol, salbutamol, salmeterol and terbutaline, when administered by inhalation, require an abbreviated Therapeutic Use Exemption.

Despite the granting of any form of Therapeutic Use Exemption, a concentration of salbutamol (free plus glucuronide) greater than 1000 ng/mL will be considered an Adverse Analytical Finding unless the athlete proves that the abnormal result was the consequence of the therapeutic use of inhaled salbutamol.

S4. Agents with anti-estrogenic activity

The following classes of anti-estrogenic substances are prohibited:

1. Aromatase inhibitors including, but not limited to, anastrozole, letrozole, aminoglutethimide, exemestane, formestane, testolactone.
2. Selective Estrogen Receptor Modulators (SERMs) including, but not limited to, raloxifene, tamoxifen, toremifene.
3. Other anti-estrogenic substances including, but not limited to, clomiphene, cyclofenil, fulvestrant.

S5. Diuretics and other masking agents

Masking agents include but are not limited to:

Diuretics*), epitestosterone, probenecid, alpha-reductase inhibitors (e.g. finasteride, dutasteride), plasma expanders (e.g. albumin, dextran, hydroxyethyl starch).

Diuretics include:

acetazolamide, amiloride, bumetanide, canrenone, chlorthalidone, etacrynic acid, furosemide, indapamide, metolazone, spironolactone, thiazides (e.g. bendroflumethiazide, chlorothiazide, hydrochlorothiazide), triamterene, and other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s) (except for drospironone, which is not prohibited).

*) A Therapeutic Use Exemption is not valid if an Athlete's urine contains a diuretic in association with threshold or sub-threshold levels of a Prohibited Substance(s).

Prohibited methods

M1. Enhancement of oxygen transfer

The following are prohibited:

- a. Blood doping, including the use of autologous, homologous or heterologous blood or red blood cell products of any origin.
- b. Artificially enhancing the uptake, transport or delivery of oxygen, including but not limited to perfluorochemicals, efa-proxiral (RSR13) and modified haemoglobin products (e.g. haemoglobin-based blood substitutes, microencapsulated haemoglobin products).

M2. Chemical and physical manipulation

- a. Tampering, or attempting to tamper, in order to alter the integrity and validity of Samples collected during Doping Controls is prohibited. These include but are not limited to catheterisation, urine substitution and/or alteration.
- b. Intravenous infusions are prohibited, except as a legitimate acute medical treatment.

M3. Gene doping

The non-therapeutic use of cells, genes, genetic elements, or of the modulation of gene expression, having the capacity to enhance athletic performance, is prohibited.

Substances and methods prohibited in-competition

In addition to the categories S1 to S5 and M1 to M3 defined above, the following categories are prohibited in competition:

Prohibited substances

S6. Stimulants

The following stimulants are prohibited, including both their optical (D- and L-) isomers where relevant:

Adrafinil, adrenaline*), amfepramone, amiphenazole, amphetamine, amphetaminil, benzphetamine, bromantan, carphedon, cathine**), clobenzorex, cocaine, cropropamide, crotetamide, cyclazodone, dimethylamphetamine, ephedrine***), etamivan, etilamphetamine, etilefrine, famprofazone, fenbutrazate, fencamfamin, fencamine, fenetylline, fenfluramine, fenproporex, furfenorex, heptaminol, isometheptene, levmethamphetamine, meclofenoxate, mefenorex, mephentermine, mesocarb, methamphetamine (D-), methylenedioxyamphetamine, methylenedioxymethamphetamine, p-methylamphetamine, methylephedrine***), methylphenidate, modafinil, nikethamide, norfenefrine, norfenfluramine, octopamine, ortetamine, oxilofrine, parahydroxyamphetamine, pemoline, pentetrazol, phendimetrazine, phenmetrazine, phenpromethamine, phentermine, prolintane, propylhexedrine, selegiline, sibutramine, strychnine and other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s)****).

S7. Narcotics

The following narcotics are prohibited:

buprenorphine, dextromoramide, diamorphine (heroin), fentanyl and its derivatives, hydromorphone, methadone, morphine, oxycodone, oxymorphone, pentazocine, pethidine.

S8. Cannabinoids

Cannabinoids (e.g. hashish, marijuana) are prohibited.

S9. Glucocorticosteroids

All glucocorticosteroids are prohibited when administered orally, rectally, intravenously or intramuscularly. Their use requires a Therapeutic Use Exemption approval.

Except as indicated below, other routes of administration require an abbreviated Therapeutic Use Exemption.

Topical preparations when used for dermatological, aural/otic, nasal, buccal cavity and ophthalmologic disorders are not prohibited and do not require any form of Therapeutic Use Exemption.

*) Adrenaline associated with local anaesthetic agents or by local administration (e. g. nasal, ophthalmologic) is not prohibited.

**) Cathine is prohibited when its concentration in urine is greater than 5 micrograms per milliliter.

***) Each of ephedrine and methylephedrine is prohibited when its concentration in urine is greater than 10 micrograms per milliliter.

****) The following substances included in the 2006 Monitoring Program (bupropion, caffeine, phenylephrine, phenylpropanolamine, pipradol, pseudoephedrine, synephrine) are not considered as Prohibited Substances.

Substances prohibited in particular sports

P1. Alcohol

Alcohol (ethanol) is prohibited in-competition only, in the following sports. Detection will be conducted by analysis of breath and/or blood. The doping violation threshold for each Federation is reported in parenthesis.

Aeronautic (FAI) (0.20 g/L)

Archery (FITA, IPC) (0.10 g/L)

Automobile (FIA) (0.10 g/L)

Billiards (WCBS) (0.20 g/L)

Boules (CMSB, IPC bowls) (0.10 g/L)

Karate (WKF) (0.10 g/L)

Modern Pentathlon (UIPM) (0.10 g/L) for disciplines involving shooting

Motorcycling (FIM) (0.10 g/L)

Powerboating (UIM) (0.30 g/L)

P2. Beta-blockers

Unless otherwise specified, beta-blockers are prohibited in-competition only, in the following sports.

Aeronautic (FAI)

Archery (FITA, IPC) (also prohibited out-of-competition)

Automobile (FIA)

Billiards (WCBS)

Bobsleigh (FIBT)

Boules (CMSB, IPC bowls)

Bridge (FMB)

Chess (FIDE)

Curling (WCF)

Gymnastics (FIG)

Motorcycling (FIM)

Modern Pentathlon (UIPM) for disciplines involving shooting

Nine-pin bowling (FIQ)

Sailing (ISAF) for match race helms only

Shooting (ISSF, IPC) (also prohibited out-of-competition)

Skiing/Snowboarding (FIS) in ski jumping, freestyle aerials/halfpipe and snowboard half-pipe/big air

Wrestling (FILA)

Beta-blockers include, but are not limited to, the following:

acebutolol, alprenolol, atenolol, betaxolol, bisoprolol, bunolol, carteolol, carvedilol, celiprolol, esmolol, labetalol, levobunolol, metipranolol, metoprolol, nadolol, oxprenolol, pindolol, propranolol, sotalol, timolol.

Convention contre le dopage (T-DO) Liste des interdictions 2006

adoptée par le Groupe de suivi
lors de sa 22^e réunion les 15 – 16 novembre 2005

Liste des interdictions 2006*)

Code mondial antidopage

Entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2006

L'utilisation de tout médicament devrait être limitée à des indications médicalement justifiées

Substances et méthodes interdites en permanence (en et hors compétition)

Substances interdites

S1. Agents anabolisants

Les agents anabolisants sont interdits.

1. Stéroïdes anabolisants androgènes (SAA)

a. SAA exogènes**), incluant:

1-androstènediol (5 α -androst-1-ène-3 β ,17 β -diol); 1-androstènedione (5 α -androst-1-ène-3,17-dione); bolandiol (19-norandrostènediol); bolastérone; boldénone; boldione (androsta-1,4-diène-3,17-dione); calustérone; closetébol; danazol (17 α -éthynyl-17 β -hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazole); déhydrochlorméthyltestostérone (4-chloro-17 β -hydroxy-17 α -methylandrosta-1,4-dien-3-one); désoxyméthyltestostérone (17 α -methyl-5 α -androst-2-en-17 β -ol); drostanolone; éthylestrérol (19-nor-17 α -pregn-4-en-17-ol); fluoxymestérone; formébolone; furazabol (17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androsta-2,3-c-furazan); gestrinone; 4-hydroxytestostérone (4,17 β -dihydroxyandrost-4-en-3-one); mestanolone; mestérolone; méténolone; méthandiénone (17 β -hydroxy-17 α -methylandrosta-1,4-diène-3-one); méthandirol; méthastérone (2 α , 17 α -dimethyl-5 α -androsta-3-one-17 β -ol); méthylidiénone (17 β -hydroxy-17 α -methylestra-4,9-diène-3-one); méthyl-1-testostérone (17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androst-1-en-3-one); méthyltestostérone (17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androsta-3-one-17 β -ol); méthyltriénone (17 β -hydroxy-17 α -methylestra-4,9,11-triène-3-one); méthyltestostérone; mibolérone; nandrolone; 19-norandrostènedione (estr-4-ène-3,17-dione); norbolénone; norclostébol; noréthandrolone; oxabolone; oxandrolone; oxymestérone; oxymétholone; prostanazol ([3,2-c]pyrazole-5 α -etioallocholane-17 β -tetrahydropyranol); quinbolone; stanozolol; stenbolone; 1-testostérone (17 β -hydroxy-5 α -androst-1-ène-3-one); tétrahydrogestrinone (18 α -homo-pregna-4,9,11-triène-17 β -ol-3-one);

trenbolone et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

b. SAA endogènes***):

androstènediol (androst-5-ène-3 β ,17 β -diol); androstènedione (androst-4-ène-3,17-dione); dihydrotestostérone (17 β -hydroxy-5 α -androsta-3-one); prastérone (déhydroépiandrostérone, DHEA); testostérone et les métabolites ou isomères suivants:

5 α -androsta-3 α ,17 α -diol; 5 α -androsta-3 α ,17 β -diol; 5 α -androsta-3 β ,17 α -diol; 5 α -androsta-3 β ,17 β -diol; androst-4-ène-3 α ,17 α -diol; androst-4-ène-3 α ,17 β -diol; androst-4-ène-3 β ,17 α -diol; androst-5-ène-3 α ,17 α -diol; androst-5-ène-3 α ,17 β -diol; androst-5-ène-3 β ,17 α -diol; 4-androstènediol (androst-4-ène-3 β ,17 β -diol); 5-androstènedione (androst-5-ène-3,17-dione); épi-dihydrotestostérone; 3 α -hydroxy-5 α -androsta-17-one; 3 β -hydroxy-5 α -androsta-17-one; 19-norandrostérone; 19-norétiocolanolone.

Dans le cas d'un stéroïde anabolisant androgène pouvant être produit de façon endogène, un échantillon sera considéré comme contenant cette substance interdite si la concentration de ladite substance interdite ou de ses métabolites ou de ses marqueurs et/ou tout autre rapport pertinent dans l'échantillon du sportif s'écarte suffisamment des valeurs normales trouvées chez l'homme pour qu'une production endogène normale soit improbable. Un échantillon ne sera pas considéré dans de tels cas comme contenant une substance interdite si le sportif prouve que la concentration de substance interdite ou de ses métabolites ou de ses marqueurs et/ou tout autre rapport pertinent dans l'échantillon du spor-

*) La Liste des Interdictions identifie certaines substances ou leurs métabolites (Cannabinoïdes, Cathine, Ephédrine, Méthyléphédrine, Epitestostérone, 19-norandrosterone, Morphine, Salbutamol et le Rapport Testostérone/Epitestostérone) qui sont soumis à des seuils analytiques spécifiant qu'une certaine valeur doit être atteinte pour donner lieu à un résultat d'analyse anormal.

Pour les besoins du présent document:

**) «exogène» désigne une substance qui ne peut pas être habituellement produite naturellement par l'organisme humain.

Pour les besoins du présent document:

***) «endogène» désigne une substance qui peut être produite naturellement par l'organisme humain.

tif est attribuable à un état physiologique ou pathologique.

Dans tous les cas, et quelle que soit la concentration, l'échantillon du sportif sera considéré comme contenant une substance interdite et le laboratoire rapportera un résultat d'analyse anormal si, en se basant sur une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI), le laboratoire peut démontrer que la substance interdite est d'origine exogène. Dans ce cas, aucune investigation complémentaire ne sera nécessaire.

Quand la valeur rapportée est à des niveaux normalement trouvés chez l'homme et que la méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a pas déterminé l'origine exogène de la substance, mais qu'il existe de sérieuses indications, telles que la comparaison avec des profils stéroïdiens de référence, d'un possible usage d'une substance interdite, l'organisation antidopage responsable effectuera une investigation plus approfondie, qui comprendra un examen de tous les contrôles antérieurs et/ou subséquents, afin de déterminer si le résultat est attribuable à un état physiologique ou pathologique, ou résulte de la prise d'une substance interdite d'origine exogène.

Quand un laboratoire a rendu un rapport T/E supérieur à quatre (4) pour un (1) et que l'application d'une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a pas démontré que la substance interdite était d'origine exogène, une investigation complémentaire peut être menée, comprenant un examen de tous les contrôles antérieurs et/ou subséquents, afin de déterminer si le résultat est attribuable à un état physiologique ou pathologique, ou résulte de la prise d'une substance interdite d'origine exogène. Si un laboratoire rapporte un résultat d'analyse anormal basé sur l'application d'une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI), démontrant que la substance interdite est d'origine exogène, aucune investigation complémentaire ne sera nécessaire et l'échantillon du sportif sera considéré comme contenant une substance interdite. Quand une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a été pas appliquée et qu'un minimum de trois résultats des contrôles antérieurs ne sont pas disponibles, l'organisation antidopage responsable soumettra le sportif à un contrôle inopiné au moins trois fois pendant une période de trois mois. Si le profil longitudinal du sportif soumis à ces contrôles complémentaires n'est pas physiologiquement normal, le laboratoire rendra un résultat d'analyse anormal.

Dans des cas individuels extrêmement rares, la boldénone peut être retrouvée de façon endogène et à des niveaux constants très bas de quelques nanogrammes par millilitre (ng/mL) dans les urines. Quand un tel niveau très bas de boldénone est rapporté par le laboratoire et que l'application d'une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) ne démontre pas que la substance est d'origine exogène, une investigation complémentaire peut être menée, comprenant un examen de tous les contrôles antérieurs et/ou subséquents. Quand une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a pas été appliquée, l'organisation antidopage responsable soumettra le sportif à un contrôle inopiné au moins trois fois pendant une période de trois mois. Si le profil longitudinal du sportif soumis à ces contrôles complémentaires n'est pas physiologiquement normal, le laboratoire rendra un résultat d'analyse anormal.

Pour la 19-norandrostérone, un résultat d'analyse anormal rendu par le laboratoire est considéré comme une preuve scientifique et valide démontrant l'origine exogène de la substance interdite. Dans ce cas, aucune investigation complémentaire n'est nécessaire.

Si le sportif refuse de collaborer aux examens complémentaires, son échantillon sera considéré comme contenant une substance interdite.

2. Autres agents anabolisants, incluant sans s'y limiter: Clenbutérol, tibolone, zéranol, zilpatérol.

S2. Hormones et substances apparentées

Les substances qui suivent, y compris d'autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s), et leurs facteurs de libération, sont interdites:

1. Érythropoïétine (EPO);
2. Hormone de croissance (hGH), facteurs de croissance analogues à l'insuline (par ex. IGF-1), facteurs de croissance mécaniques (MGFs);
3. Gonadotrophines (LH, hCG), interdites chez le sportif de sexe masculin seulement;
4. Insuline;
5. Corticotrophines.

À moins que le sportif puisse démontrer que la concentration était due à un état physiologique ou pathologique, un échantillon sera considéré comme contenant une substance interdite (selon la liste ci-dessus) lorsque la concentration de substance interdite ou de ses métabolites ou de ses marqueurs et/ou tout autre rapport pertinent dans l'échantillon du sportif est supérieur aux valeurs normales chez l'humain et qu'une production endogène normale est improbable.

Si le laboratoire peut démontrer, en se basant sur une méthode d'analyse fiable que la substance interdite est d'origine exogène, l'échantillon du sportif sera considéré comme contenant une substance interdite et sera rapporté comme un résultat d'analyse anormal.

En outre, la présence de substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s), de marqueur(s) diagnostique(s) ou de facteurs de libération d'une hormone apparaissant dans la liste ci-dessus, ou de tout autre résultat indiquant que la substance détectée est d'origine exogène, sera considéré comme indiquant l'usage d'une substance interdite et sera rapportée comme un résultat d'analyse anormal.

S3. Béta-2 agonistes

Tous les béta-2 agonistes, y compris leurs isomères D- et L-, sont interdits.

À titre d'exception, le formotérol, le salbutamol, le salmétérol et la terbutaline, lorsque utilisés par inhalation, nécessitent une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques abrégée.

Quelle que soit la forme de l'autorisation d'usage à des fins thérapeutiques accordée, une concentration de salbutamol (libre plus glucuronide) supérieure à 1 000 ng/mL sera considérée comme un résultat d'analyse anormal, à moins que le sportif ne prouve que ce résultat anormal est consécutif à l'usage thérapeutique de salbutamol par voie inhalée.

S4. Agents avec activité anti-œstrogène

Les classes suivantes de substances anti-œstrogéniques sont interdites:

1. Inhibiteurs d'aromatase, incluant sans s'y limiter: anastrozole, létrozole, aminoglutéthimide, exémestane, formes-tane, testolactone.
2. Modulateurs sélectifs des récepteurs aux œstrogènes, incluant sans s'y limiter: raloxifène, tamoxifène, torémifène.
3. Autres substances anti-œstrogéniques, incluant sans s'y limiter: clomifène, cyclofénil, fulvestrant.

S5. Diurétiques et autres agents masquants

Les agents masquants incluent, sans s'y limiter:

Diurétiques*), épitestostérone, probénécide, inhibiteurs de l'alpha-réductase (par ex. dutastéride et finastéride), succédanés de plasma (par ex. albumine, dextran, hydroxyéthylamidon).

Les diurétiques incluent:

acétazolamide, amiloride, bumétanide, canrénone, chlortalidone, acide étacrynique, furosémide, indapamide, métolazone, spironolactone, thiazides (par ex. bendrofluméthiazide, chlorothiazide, hydrochlorothiazide), triamterène, et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s) (sauf la drospérone, qui n'est pas interdite).

Méthodes interdites**M1. Amélioration du transfert d'oxygène**

Ce qui suit est interdit:

- Le dopage sanguin, y compris l'utilisation de produits sanguins autologues, homologues ou hétérologues, ou de globules rouges de toute origine.
- L'amélioration artificielle de la consommation, du transport ou de la libération de l'oxygène, incluant sans s'y limiter les produits chimiques perfluorés, l'éfaproxiral (RSR13) et les produits d'hémoglobine modifiée (par ex. les substituts de sang à base d'hémoglobine, les produits à base d'hémoglobines réticulées).

M2. Manipulation chimique et physique

- La falsification, ou la tentative de falsification, dans le but d'altérer l'intégrité et la validité des échantillons recueillis lors de contrôles du dopage est interdite. Cette catégorie comprend, sans s'y limiter, la cathétérisation, la substitution et/ou l'altération de l'urine.
- Les perfusions intraveineuses sont interdites, excepté dans le cadre légitime d'un traitement médical aigu.

M3. Dopage génétique

L'utilisation non thérapeutique de cellules, gènes, éléments génétiques, ou de la modulation de l'expression génique, ayant la capacité d'augmenter la performance sportive, est interdite.

Substances et méthodes interdites en compétition

Outre les catégories S1 à S5 et M1 à M3 définies ci-dessus, les catégories suivantes sont interdites en compétition:

Substances interdites**S6. Stimulants**

Les stimulants qui suivent sont interdits, y compris leurs isomères optiques (D- et L-) lorsqu'ils s'appliquent:

Adrafinil, adrénaline**), amfépramone, amiphénazole, amphétamine, amphétaminil, benzphétamine, bromantan, carphédon, cathine***), clobenzorex, cocaïne, cropropamide, crotétamide, cyclazodone, diméthylamphétamine, éphédrine****), étamivan, étilamphétamine, étiléfrine, famprofazone, fenbutrazate, fencamfamine, fencamine, fenétylline, fenfluramine, fenproporex, furfénorex, heptaminol, isométhéptène, levaméthamfétamine, méclofenoxate, ménéfénorex, méphentermine, mésocarbe, méthamphétamine (D-), méthylènedioxyamphétamine, méthylènedioxyamphétamine, p-méthylamphétamine, méthyléphédrine****), méthylphenidate, modafinil, nicéthamide, norféfrine, norfenfluramine, octopamine, ortétamine, oxilofrine, parahydroxyamphétamine, pémoline, pentétrazole, phendimétrazine, phenmétrazine, phenprométhamine, phentermine, prolintane, propylhexédrine, sélégiline, sibutramine, strychnine, et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s)*****).

S7. Narcotiques

Les narcotiques qui suivent sont interdits:

buprénorphine, dextromoramide, diamorphine (héroïne), fentanyl et ses dérivés, hydromorphone, méthadone, morphine, oxycodone, oxymorphone, pentazocine, péthidine.

S8. Cannabinoïdes

Les cannabinoïdes (par ex. le haschisch, la marijuana) sont interdits.

S9. Glucocorticoïdes

Tous les glucocorticoïdes sont interdits lorsqu'ils sont administrés par voie orale, rectale, intraveineuse ou intramusculaire. Leur utilisation requiert une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques.

À l'exception des voies d'administration indiquées ci-dessous, les autres voies d'administration nécessitent une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques abrégée.

Les préparations topiques utilisées pour traiter des affections dermatologiques, auriculaires, nasales, buccales et ophtalmologiques ne sont pas interdites et ne nécessitent en conséquence aucune autorisation d'usage à des fins thérapeutiques.

*) Une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques n'est pas valable si l'échantillon d'urine du sportif contient un diurétique détecté en association avec des substances interdites à leurs niveaux seuils ou en dessous de leurs niveaux seuils.

**) L'adrénaline, associée à des agents anesthésiques locaux, ou en préparation à usage local (par ex. par voie nasale ou ophtalmologique), n'est pas interdite.

***) La cathine est interdite quand sa concentration dans l'urine dépasse 5 microgrammes par millilitre.

****) L'éphédrine et la méthyléphédrine sont interdites quand leurs concentrations respectives dans l'urine dépassent 10 microgrammes par millilitre.

*****) Les substances suivantes figurant dans le Programme de surveillance 2006 (bupropion, caféine, phényléphrine, phénylpropanolamine, pipradrol, pseudoéphédrine, synéphrine) ne sont pas considérées comme des substances interdites.

Substances interdites dans certains sports

P1. Alcool

L'alcool (éthanol) est interdit en compétition seulement, dans les sports suivants. La détection sera effectuée par éthylométrie et/ou analyse sanguine. Le seuil de violation est indiqué entre parenthèses.

Aéronautique (FAI) (0.20 g/L)

Automobile (FIA) (0.10 g/L)

Billard (WCBS) (0.20 g/L)

Boules (CMSB, IPC boules) (0.10 g/L)

Karaté (WKF) (0.10 g/L)

Motocyclisme (FIM) (0.10 g/L)

Motonautique (UIM) (0.30 g/L)

Pentathlon moderne (UIPM) (0.10 g/L) pour les épreuves comprenant du tir

Tir à l'arc (FITA, IPC) (0.10 g/L)

P2. Béta-bloquants

À moins d'indication contraire, les bêta-bloquants sont interdits en compétition seulement, dans les sports suivants.

Aéronautique (FAI)

Automobile (FIA)

Billard (WCBS)

Bobsleigh (FIBT)

Boules (CMSB, IPC boules)

Bridge (FMB)

Curling (WCF)

Échecs (FIDE)

Gymnastique (FIG)

Lutte (FILA)

Motocyclisme (FIM)

Pentathlon moderne (UIPM) pour les épreuves comprenant du tir

Quilles (FIQ)

Ski (FIS) pour le saut à skis, freestyle saut/halfpipe et le snowboard halfpipe/big air

Tir (ISSF, IPC) (aussi interdits hors compétition)

Tir à l'arc (FITA, IPC) (aussi interdits hors compétition)

Voile (ISAF) pour les barreaux en match racing seulement

Les bêta-bloquants incluent sans s'y limiter:

acébutolol, alprénolol, aténolol, bétaxolol, bisoprolol, bunolol, cartéolol, carvédilol, céli-
prolol, esmolol, labétalol, lévobunolol, métipranolol, métoprolol, nadolol, oxprénolol, pin-
dolol, propranolol, sotalol, timolol.

Übereinkommen gegen Doping Verbotsliste 2006

beschlossen von der Beobachtenden Begleitgruppe
auf ihrer 22. Sitzung in Straßburg am 15. und 16. November 2005

Verbotsliste 2006*)

Welt-Anti-Doping-Code

Inkrafttreten: 1. Januar 2006

Die Anwendung jedes Arzneimittels soll auf medizinisch begründete Indikationen beschränkt werden.

(Übersetzung)

Wirkstoffe und Methoden, die zu allen Zeiten (in und außerhalb von Wettkämpfen) verboten sind

Verbotene Wirkstoffe

S1. Anabole Wirkstoffe

Anabole Wirkstoffe sind verboten.

1. Anabol-androgene Steroide (AAS)

a. Exogene**) AAS, einschließlich

1-Androstendiol (5-Alpha-androst-1-en-3-beta,17-beta-diol); 1-Androstendion (5-Alpha-androst-1-en-3,17-dion); Bolandiol (19-Norandrostendiol); Bolasteron; Boldenon; Boldion (Androsta-1,4-dien-3,17-dion); Calusteron; Clostebol; Danazol (17-Alpha-ethynyl-17-beta-hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazol); Dehydrochloromethyltestosteron (4-Chloro-17-beta-hydroxy-17-alpha-methylandrosta-1,4-dien-3-on); Desoxymethyltestosteron (17-Alpha-methyl-5-alpha-androst-2-en-17-beta-ol); Drostanolon; Ethylestrenol (19-Nor-17-alpha-pregn-4-en-17-ol); Fluoxymesteron; Formebolon; Furazabol (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methyl-5-alpha-androstano[2,3-c]-furazan); Gestrinon; 4-Hydroxytestosteron (4,17-Beta-dihydroxyandrost-4-en-3-on); Mestanolon; Mesterolol; Metenolon; Methandienon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylandrosta-1,4-dien-3-on); Methandriol; Methasteron (2-Alpha,17-alpha-dimethyl-5-alpha-androstan-3-on-17-beta-ol); Methylidienolon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestra-4,9-dien-3-on); Methyl-1-testosteron (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methyl-5-alpha-androst-1-en-3-on); Methylnortestosteron (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestr-4-en-3-on); Methyltrienolon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestra-4,9,11-trien-3-on); Methyltestosteron; Miboleron; Nandrolon; 19-Norandrostendion (Estr-4-en-3,17-dion); Norbolethon; Norclostebol; Norethandrolon; Oxabolon; Oxandrolon; Oxymesteron; Oxymetholon; Prostanazol ([3,2-c]Pyrazol-5-alpha-etioallocholan-17-beta-tetrahydropyranol); Quinbolon; Stanozolol; Stenbolon; 1-Testosteron (17-Beta-hydroxy-5-alpha-androst-1-en-3-on); Tetrahydrogestrinon (18-

Alpha-homo-pregna-4,9,11-trien-17-beta-ol-3-on); Trenbolon und andere Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

b. Endogene***) AAS:

Androstendiol (Androst-5-en-3-beta,17-beta-diol); Androstendion (Androst-4-en-3,17-dion); Dihydrotestosteron (17-Beta-hydroxy-5-alpha-androstan-3-on); Prasteron (Dehydroepiandrosteron, DHEA); Testosteron und die folgenden Metaboliten und Isomere:

5-Alpha-androstan-3-alpha,17-alpha-diol; 5-Alpha-androstan-3-alpha,17-beta-diol; 5-Alpha-androstan-3-beta,17-alpha-diol; 5-Alpha-androstan-3-beta,17-beta-diol; Androst-4-en-3-alpha,17-alpha-diol; Androst-4-en-3-alpha,17-beta-diol; Androst-4-en-3-beta,17-alpha-diol; Androst-5-en-3-alpha,17-alpha-diol; Androst-5-en-3-alpha,17-beta-diol; androst-5-en-3-beta,17-alpha-diol; 4-Androstendiol (Androst-4-en-3-beta,17-beta-diol); 5-Androstendion (androst-5-en-3,17-dion); Epi-dihydrotestosteron; 3-Alpha-hydroxy-5-alpha-androstan-17-on; 3-Beta-hydroxy-5-alpha-androstan-17-on; 19-Norandrost-17-on; 19-Noretiocholanolon.

Kann ein anabol-androgenes Steroid endogen produziert werden, so nimmt man von einer Probe an, dass sie diesen verbotenen Wirkstoff enthält, wenn die Konzentration dieses verbotenen Wirkstoffs oder seiner Metaboliten oder Marker und/oder jegliches sonstige relevante Verhältnis in der Probe des Athleten derart vom beim Menschen anzutreffenden Normbereich abweicht, dass es unwahrscheinlich ist, dass die Konzentration beziehungsweise das Verhältnis mit einer normalen endogenen Produktion vereinbar ist. Von einer Probe wird in einem derartigen Fall nicht angenommen, dass sie einen verbotenen Wirkstoff enthält, wenn ein Athlet nachweist, dass die Konzentration des verbotenen Wirkstoffs oder

*) In der Verbotsliste sind einige Wirkstoffe oder ihre Metaboliten aufgeführt (Cannabinoide, Cathin, Ephedrin, Methylephedrin, Epitestosteron, 19-Norandrost-17-on, Morphin, Salbutamol, Verhältnis der Konzentration von Testosteron zu Epitestosteron), bei denen in den Labors das Erreichen eines bestimmten Grenzwerts festgestellt werden muss, bevor ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis gemeldet wird.

**) Für die Zwecke dieses Abschnitts bezieht sich der Begriff „exogen“ auf einen Wirkstoff, der vom Körper normalerweise nicht auf natürlichem Wege produziert werden kann.

***) Für die Zwecke dieses Abschnitts bezieht sich der Begriff „endogen“ auf einen Wirkstoff, der vom Körper auf natürlichem Wege produziert werden kann.

seiner Metaboliten oder Marker und/oder das relevante Verhältnis in der Probe des Athleten einem physiologischen oder pathologischen Zustand zuzuschreiben ist.

In allen Fällen und bei jeder Konzentration wird von der Probe des Athleten angenommen, dass sie einen verbotenen Wirkstoff enthält, und das Labor wird ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis melden, wenn es auf der Grundlage einer zuverlässigen Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) zeigen kann, dass der verbotene Wirkstoff exogenen Ursprungs ist. In einem solchen Fall ist eine weitere Untersuchung nicht erforderlich.

Wird ein Wert innerhalb des beim Menschen anzutreffenden Normbereichs gemeldet und wurde durch die zuverlässige Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) kein exogener Ursprung des Wirkstoffs festgestellt, gibt es aber ernst zu nehmende Anzeichen für eine mögliche Anwendung eines verbotenen Wirkstoffs, etwa durch einen Vergleich mit Referenzsteroidprofilen, so führt die zuständige Anti-Doping-Organisation eine weitere Untersuchung durch, bei der die Ergebnisse früherer Kontrollen überprüft oder nachfolgende Kontrollen durchgeführt werden, um festzustellen, ob das Ergebnis auf einen physiologischen oder pathologischen Zustand zurückzuführen ist oder als Folge des exogenen Ursprungs eines verbotenen Wirkstoffs aufgetreten ist.

Hat ein Labor ein größeres T/E-Verhältnis (Verhältnis der Konzentration von Testosteron zu Epitestosteron) als vier (4) zu eins (1) gemeldet und wurde durch die Anwendung einer zuverlässigen Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) kein exogener Ursprung des Wirkstoffs festgestellt, so kann eine weitere Untersuchung durchgeführt werden, bei der die Ergebnisse früherer Kontrollen überprüft oder nachfolgende Kontrollen durchgeführt werden, um festzustellen, ob das Ergebnis auf einen physiologischen oder pathologischen Zustand zurückzuführen ist oder als Folge des exogenen Ursprungs eines verbotenen Wirkstoffs aufgetreten ist. Meldet ein Labor nach Anwendung einer zusätzlichen zuverlässigen Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS), dass der verbotene Wirkstoff exogenen Ursprungs ist, so ist keine weitere Untersuchung erforderlich und man nimmt von der Probe an, dass sie diesen verbotenen Wirkstoff enthält.

Ist eine zusätzliche zuverlässige Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) nicht angewandt worden und sind nicht mindestens drei frühere Kontrollenergebnisse verfügbar, so hat die zuständige Anti-Doping-Organisation den Athleten über einen Zeitraum von drei Monaten mindestens dreimal unangekündigt zu kontrollieren. Entspricht das Longitudinalprofil des Athleten, der den nachfolgenden Kontrollen unterzogen wird, physiologisch nicht der Norm, so ist das Ergebnis als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

In äußerst seltenen Einzelfällen kann Boldenon endogenen Ursprungs in einer Größenordnung von durchweg sehr niedrigen Nanogramm/Milliliter-Werten (ng/ml) im Urin gefunden werden. Wird eine solche sehr niedrige Konzentration von Boldenon von einem Labor gemeldet und wurde durch die Anwendung einer zuverlässigen Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) kein exogener Ursprung des Wirkstoffs festgestellt, so kann durch die Überprüfung früherer Kontrollen oder die Durchführung nachfolgender Kontrollen eine weitere Untersuchung durchgeführt werden. Ist eine zusätzliche zuverlässige Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) nicht angewandt worden, so sind von der zuständigen Anti-Doping-Organisation über einen Zeitraum von drei Monaten mindestens drei unangekündigte Kontrollen durchzuführen. Entspricht das Longitudinalprofil des Athleten, der den nachfolgenden Kontrollen unterzogen wird, physiologisch nicht der Norm, so ist das Ergebnis als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

Bei 19-Norandrosteron gilt ein von einem Labor gemeldetes von der Norm abweichendes Analyseergebnis als wissenschaftlicher und schlüssiger Beweis für den exogenen Ursprung des verbotenen Wirkstoffs. In einem solchen Fall ist eine weitere Untersuchung nicht erforderlich.

Arbeitet ein Athlet bei den Untersuchungen nicht mit, so wird angenommen, dass die Probe des Athleten einen verbotenen Wirkstoff enthält.

2. Zu den anderen anabolen Wirkstoffen gehören unter anderem

Clenbuterol, Tibolon, Zeranol, Zilpaterol.

S2. Hormone und verwandte Wirkstoffe

Die folgenden Wirkstoffe einschließlich anderer Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en) und ihre Releasingfaktoren sind verboten:

1. Erythropoietin (EPO);
2. Wachstumshormon (hGH), Somatomedin C (zum Beispiel IGF-1), mechanisch induzierte Wachstumsfaktoren (MGFs);
3. Gonadotropine (LH, hCG), nur bei Männern verboten;
4. Insulin;
5. Kortikotropine.

Kann der Athlet nicht nachweisen, dass die Konzentration auf einen physiologischen oder pathologischen Zustand zurückzuführen war, so nimmt man von einer Probe an, dass sie einen verbotenen Wirkstoff (wie oben aufgeführt) enthält, wenn die Konzentration des verbotenen Wirkstoffs oder seiner Metaboliten und/oder die relevanten Verhältnisse oder Marker in der Probe des Athleten derart über den beim Menschen anzutreffenden Normbereich hinausgeht/hinausgehen, so dass es unwahrscheinlich ist, dass sie mit einer normalen endogenen Produktion vereinbar ist/sind.

Meldet ein Labor nach Anwendung einer zuverlässigen Analyseverfahren, dass der verbotene Wirkstoff exogenen Ursprungs ist, so nimmt man von der Probe an, dass sie einen verbotenen Wirkstoff enthält, und sie ist als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

Das Vorhandensein anderer Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en), diagnostischer Marker oder Releasingfaktoren eines oben aufgeführten Hormons oder jedes andere Ergebnis, das darauf hinweist, dass der festgestellte Wirkstoff exogenen Ursprungs ist, gilt als Hinweis auf die Anwendung eines verbotenen Wirkstoffs und ist als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

S3. Beta-2-Agonisten

Alle Beta-2-Agonisten einschließlich ihrer D- und L-Isomere sind verboten.

Abweichend hiervon ist bei Formoterol, Salbutamol, Salmeterol und Terbutalin, soweit sie durch Inhalation verabreicht werden, eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung nach dem verkürzten Verfahren erforderlich.

Trotz der Erteilung jeder Art von Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung gilt eine Salbutamolkonzentration (frei und als Glukuronid) von mehr als 1 000 Nanogramm/ml als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis, es sei denn, der Athlet weist nach, dass dieses abnorme Ergebnis die Folge der therapeutischen Anwendung von inhaliertem Salbutamol war.

S4. Wirkstoffe mit antiöstrogener Wirkung

Die folgenden Klassen antiöstrogener Wirkstoffe sind verboten

1. Aromatasehemmer; dazu gehören unter anderem Anastrozol, Letrozol, Aminoglutethimid, Exemestan, Formestan, Testolacton.
2. Selektive Östrogen-Rezeptor-Modulatoren (SERMs); dazu gehören unter anderem Raloxifen, Tamoxifen, Toremifen.
3. Andere antiöstrogene Wirkstoffe; dazu gehören unter anderem Clomiphen, Cyclofenil, Fulvestrant.

S5. Diuretika und andere Maskierungsmittel

Zu den Maskierungsmitteln gehören unter anderem

Diuretika*), Epitestosteron, Probenecid, Alpha-Reduktase-Hemmer (zum Beispiel Finasterid, Dutasterid), Plasmaexpander (zum Beispiel Albumin, Dextran, Hydroxyethylstärke).

Zu den Diuretika gehören

Acetazolamid, Amilorid, Bumetanid, Canrenon, Chlortalidon, Etacrynsäure, Furosemid, Indapamid, Metolazon, Spironolacton, Thiazide (zum Beispiel Bendroflumethiazid, Chlorothiazid, Hydrochlorothiazid), Triamteren und andere Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en) (ausgenommen Drosperinon, das nicht verboten ist).

Verbotene Methoden

M1. Erhöhung des Sauerstofftransfers

Folgende Methoden sind verboten:

- a. Blutdoping einschließlich der Anwendung von eigenem, homologem oder heterologem Blut oder Produkten aus roten Blutkörperchen jeglicher Herkunft.
- b. Die künstliche Erhöhung der Aufnahme, des Transports oder der Abgabe von Sauerstoff, unter anderem durch Perfluorchemikalien, Efavoxiral (RSR 13) und veränderte Hämoglobinprodukte (zum Beispiel Blutersatzstoffe auf Hämoglobinbasis, Mikrokapseln mit Hämoglobinprodukten).

M2. Chemische und physikalische Manipulation

Verboten ist die tatsächliche oder versuchte unzulässige Einflussnahme, um die Integrität und Validität der Proben, die während der Dopingkontrollen genommen werden, zu verändern. Hierunter fallen unter anderem die Katheterisierung, der Austausch und/oder die Veränderung von Urin.

Verboten sind intravenöse Infusionen, es sei denn, sie dienen der gerechtfertigten medizinischen Akutbehandlung.

M3. Gendoping

Die nicht therapeutische Anwendung von Zellen, Genen, Genelementen oder der Regulierung der Genexpression, welche die sportliche Leistungsfähigkeit erhöhen kann, ist verboten.

Im Wettkampf verbotene Wirkstoffe und Methoden

Zusätzlich zu den oben beschriebenen Kategorien S1 bis S5 und M1 bis M3 sind im Wettkampf folgende Kategorien verboten:

Verbotene Wirkstoffe

S6. Stimulanzien

Die folgenden Stimulanzien, zu denen gegebenenfalls auch deren optische (D- und L-) Isomere gehören, sind verboten:

Adrafinil, Adrenalin**), Amfepramon, Amiphenazol, Amphetamin, Amphetaminil, Benzphetamin, Bromantan, Carphedon, Cathin***), Clobenzorex, Cocain, Cropropamid, Crotetamid, Cyclazodon, Dimethylamphetamin, Ephedrin****), Etamivan, Etilamphetamin, Etilefrin, Famprofazon, Fenbutrazat, Fencamfamin, Fencamin, Fenetyllin, Fenfluramin, Fenproporex, Furfenorex, Heptaminol, Isomethepten, Levmetamfetamin, Meclofenoxat, Mefenorex, Mephentermin, Mesocarb, Methamphetamin (D-), Methylendioxyamphetamin, Methylendioxymethamphetamin, p-Methylamphetamin, Methylephedrin****), Methylphenidat, Modafinil, Nicethamid, Norfenefrin, Norfenfluramin, Octopamin, Ortetamin, Oxilofrin, Parahydroxyamphetamin, Pemolin, Pentetrazol, Phendimetrazin, Phenmetrazin, Phenpromethamin, Phentermin, Prolintan, Propylhexedrin, Selegilin, Sibutramin, Strychnin und andere Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en)*****).

S7. Narkotika

Die folgenden Narkotika sind verboten:

Buprenorphin, Dextromoramid, Diamorphin (Heroin), Fentanyl und seine Derivate, Hydromorphon, Methadon, Morphin, Oxycodon, Oxymorphon, Pentazocin, Pethidin.

S8. Cannabinoide

Cannabinoide (zum Beispiel Haschisch, Marihuana) sind verboten.

S9. Glukokortikosteroide

Alle Glukokortikosteroide sind verboten, wenn sie oral, rektal, intravenös oder intramuskulär verabreicht werden. Für ihre Anwendung ist eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung erforderlich.

Soweit nicht nachfolgend angegeben, ist für andere Verabreichungswege eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung nach dem verkürzten Verfahren erforderlich.

Die Anwendung von Präparaten zur örtlichen Anwendung bei Erkrankungen der Haut, des äußeren und inneren Ohres, der Nase, der Wangenhöhle und der Augen ist nicht verboten und bedarf keiner Form der Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung.

*) Eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung ist nicht gültig, wenn der Urin eines Athleten ein Diuretikum zusammen mit Mengen verbotener Wirkstoffe enthält, die dem Grenzwert entsprechen oder unter ihm liegen.

**) Die Anwendung von Adrenalin in Verbindung mit einem Lokalanästhetikum oder lokale Anwendung (zum Beispiel an der Nase, am Auge) ist nicht verboten.

***) Cathin ist verboten, wenn seine Konzentration im Urin 5 Mikrogramm/ml übersteigt.

****) Sowohl Ephedrin als auch Methylephedrin sind verboten, wenn ihre Konzentration im Urin jeweils 10 Mikrogramm/ml übersteigt.

*****) Die folgenden in das Überwachungsprogramm für 2006 aufgenommenen Wirkstoffe (Bupropion, Koffein, Phenylephrin, Phenylpropranolamin, Pipradol, Pseudoephedrin, Synephrin) gelten nicht als verbotene Wirkstoffe.

Bei bestimmten Sportarten verbotene Wirkstoffe**P1. Alkohol**

Alkohol (Ethanol) ist in den nachfolgenden Sportarten nur im Wettkampf verboten. Die Feststellung erfolgt durch Atem- oder Blutanalyse. Der Grenzwert, ab dem ein Dopingverstoß vorliegt, ist für jeden Verband in Klammern angegeben.

- Luftsport (FAI) (0,20 g/L)
- Bogenschießen (FITA, IPC) (0,10 g/L)
- Motorsport (FIA) (0,10 g/L)
- Billard (WCBS) (0,20 g/L)
- Boule (CMSB, IPC-Kegeln) (0,10 g/L)
- Karate (WKF) (0,10 g/L)
- Moderner Fünfkampf (UIPM) (0,10 g/L) für Disziplinen, bei denen Schießen eingeschlossen ist
- Motorradsport (FIM) (0,10 g/L)
- Motorbootsport (UIM) (0,30 g/L)

P2. Beta-Blocker

Wenn nichts anderes bestimmt ist, sind Betablocker in den folgenden Sportarten nur im Wettkampf verboten:

- Luftsport (FAI)
- Bogenschießen (FITA, IPC) (auch außerhalb von Wettkämpfen verboten)
- Motorsport (FIA)
- Billard (WCBS)
- Bob (FIBT)
- Boule (CMSB, IPC-Kegeln)
- Bridge (FMB)
- Schach (FIDE)
- Curling (WCF)
- Turnen (FIG)
- Motorradsport (FIM)
- Moderner Fünfkampf (UIPM) für Disziplinen, bei denen Schießen eingeschlossen ist
- Kegeln (FIQ)
- Segeln (ISAF) nur für Steuermänner beim Match Race (Boot gegen Boot)
- Schießen (ISSF, IPC) (auch außerhalb von Wettkämpfen verboten)
- Skifahren/Snowboarding (FIS) Skispringen, Freistil aerials/halfpipe und Snowboard halfpipe/big air
- Ringen (FILA)

Zu den Betablockern gehören unter anderem

Acebutolol, Alprenolol, Atenolol, Betaxolol, Bisoprolol, Bunolol, Carteolol, Carvedilol, Celiprolol, Esmolol, Labetalol, Levobunolol, Metipranolol, Metoprolol, Nadolol, Oxprenolol, Pindolol, Propranolol, Sotalol, Timolol.

**Bekanntmachung
zu dem Haager Übereinkommen
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 27. März 2006

Frankreich hat dem Verwahrer des Haager Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) am 15. November 2005 nach den Artikeln 2, 16 und 17 die geänderten Angaben der Zentralen Behörde und der zuständigen Behörde notifiziert:

Ministère de la Justice
Direction des Affaires Civiles et du Sceau
Bureau de l'entraide civile et commerciale internationale (D3)
13, Place Vendôme
75042 Paris Cedex 01
Tel.: +33 (1) 44 77 64 52
Fax: +33 (1) 44 77 61 22
E-Mail: entraide-civile-internationale@justice.gouv.fr

Ansprechpartner:

Frau Béatrice BIONDI, Richterin
Leiterin des Referats (Sprachen: Französisch, Spanisch, Englisch)
Tel.: +33 (1) 44 77 66 34
Herr Michel RISPE, Richter
Stellvertretender Leiter des Referats (Sprachen: Französisch, Spanisch, Englisch)
Tel.: +33 (1) 44 77 65 78

Monaco hat dem Verwahrer des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen am 7. November 2005 nach Artikel 2 die geänderte Angabe der Zentralen Behörde notifiziert:

Direction des Services Judiciaires
Palais de Justice
5, Rue Colonel Bellando de Castro
98000 Monaco
Tel.: +377 93 15 84 30 oder +377 93 15 83 66
Fax: +377 93 15 85 89

Ansprechpartner:

Frau Sabine-Anne Minazzoli
Staatsanwältin, abgeordnet an das Rechtsamt
E-Mail: sminazzoli@gouv.mc

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. November 2005 (BGBl. II S. 1277).

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei
und des Protokolls hierzu**

Vom 27. März 2006

I.

Das Internationale Abkommen vom 20. April 1929 zur Bekämpfung der Falschmünzerei nebst Protokoll hierzu (RGBl. 1933 II S. 913) ist für

Estland	am 22. Februar 1931
und für	
Lettland	am 20. Oktober 1939

in Kraft getreten.

II.

Deutschland, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und Zypern haben gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Abkommens am 9. Februar 2006 folgende Erklärung über die Benennung des Europäischen Polizeiamts (Europol) als Zentrale Stelle im Sinne der Artikel 12 bis 15 des Abkommens abgegeben:

(deutscher Wortlaut bzw. Übersetzung der Erklärung)

- „1. Bezüglich der Euro-Fälschung nimmt Europol – im Rahmen seiner Zielsetzung gemäß dem Rechtsakt des Rates vom 26. Juli 1995 über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen) – folgende Zentralstellenfunktionen im Sinne der Artikel 12 bis 15 des Genfer Abkommens von 1929 wahr:
- 1.1. Europol sammelt alle Informationen und Unterlagen, die geeignet sind, die Ermittlung, Verhütung und Bestrafung der Euro-Fälschung zu erleichtern und leitet diese Informationen unverzüglich an die nationalen Zentralstellen der Mitgliedstaaten weiter.
 - 1.2. Europol verkehrt nach Maßgabe des Europol-Übereinkommens, insbesondere nach Maßgabe seines Artikels 18 und dem Rechtsakt des Rates vom 12. März 1999 zur Festlegung der Bestimmungen über die Übermittlung von personenbezogenen Daten durch Europol an Drittstaaten und Drittstellen, unmittelbar mit den Zentralstellen der Drittstaaten, um die unter den Ziffern 1.3 bis 1.5 dieser Erklärung festgelegten Aufgaben zu erfüllen.
 - 1.3. Europol übermittelt in dem von ihm als zweckdienlich erachteten Umfang den Zentralstellen von Drittstaaten eine Sammlung von echten Musterstücken des umlaufenden Euro-Bargelds.
 - 1.4. Europol unterrichtet die Zentralstellen von Drittstaaten unter Angabe aller erforderlichen Gründe in regelmäßigen Abständen über jede neue Ausgabe von Euro-Bargeld und die Einziehung oder Außerkurssetzung von Euro-Bargeld.
 - 1.5. Europol teilt – außer in Fällen von rein örtlicher Bedeutung – in dem von ihm als zweckdienlich erachteten Umfang den Zentralstellen von Drittstaaten Folgendes mit:
 - jede Entdeckung von falschem oder verfälschtem Euro-Bargeld. Der Mitteilung über die Fälschung von Euro-Banknoten ist eine technische Beschreibung der Fälschung beizufügen, die ausschließlich von der Ausgabestelle, deren Noten gefälscht worden sind, zu liefern ist. Ferner ist eine fotografische Wiedergabe oder, falls möglich, ein Stück der falschen Noten beizufügen. Unbeschadet der genannten Mitteilung und technischen Beschreibung kann den interessierten Zentralstellen in dringlichen Fällen vertraulich eine von den Polizeibehörden ausgehende Nachricht und kurze Beschreibung übermittelt werden;
 - die festgestellten Einzelheiten der Fälschung mit einer Auskunft, ob nach den Feststellungen das gesamt in Umlauf gesetzte Falschgeld hat beschlagnahmt werden können.

- 1.6. Europol nimmt als Zentralstelle der Mitgliedstaaten an Tagungen über die Euro-Fälschung im Sinne des Artikels 15 des Genfer Abkommens von 1929 teil.
- 1.7. Soweit Europol die in den Ziffern 1.1 bis 1.6 festgelegten Aufgaben gemäß dem Europol-Übereinkommen nicht wahrnehmen kann, behalten die nationalen Zentralstellen der Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeiten.
2. Bezüglich der Fälschung aller übrigen Währungen und der Zentralstellenfunktionen, die Europol nicht gemäß Ziffer 1 zugewiesen sind, behalten die nationalen Zentralstellen ihre bisherigen Zuständigkeiten.“

III.

Belgien hat am 2. März 2006 eine gleichlautende Erklärung abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. November 2005 (BGBl. II S. 1302).

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“
(Nr. DOCPER-TC-05-04)**

Vom 30. März 2006

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 23. März 2006 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-05-04) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 23. März 2006

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 30. März 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 23. März 2006

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 618 vom 23. März 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Resource Consultants, Inc. einen Vertrag zur Truppenbetreuung auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-05-04 geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Resource Consultants, Inc. zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Resource Consultants, Inc. wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Umfassende Dienstleistungen zur Unterstützung und Betreuung von Opfern häuslicher Gewalt. Erbringung einer Reihe umfassender Dienstleistungen zur Unterstützung des Army Community and Family Support Centers bei der Durchführung eines Programms der Armee zur Verhütung sexueller Übergriffe bzw. zur Reaktion auf solche. Dieses Programm verstärkt die Bemühungen der Armee, durch eine umfassende Strategie, die den Schwerpunkt auf geeignete Maßnahmen und Nachsorge legt, sexuelle Übergriffe zu verhindern. Die Armee fördert eine einfühlsame Betreuung von Opfern sexueller Übergriffe und setzt sich dafür ein, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Family Advocacy Counselor, Family Wellness Counselor, Social Worker, Clinical Child Psychologist, Family Service Coordinator, Drug Abuse Counselor und persons engaged in training.

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Resource Consultants, Inc. wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-05-04 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Resource Consultants, Inc. endet. Sie tritt außerdem

außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 19. Dezember 2005 bis 18. August 2008 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 23. März 2006 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 618 vom 23. März 2006 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 23. März 2006 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens
über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung
für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und
Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel

Vom 3. April 2006

Das Rotterdamer Übereinkommen vom 10. September 1998 über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel (BGBl. 2000 II S. 1058) wird nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Jemen	am 5. Mai 2006
Kap Verde	am 30. Mai 2006
Niger	am 17. Mai 2006
Sri Lanka	am 19. April 2006

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Januar 2006 (BGBl. II S. 183).

Berlin, den 3. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Bekanntmachung
des deutsch-indonesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 10. April 2006

Das in Jakarta am 6. November 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Finanzielle Zusammenarbeit 2002 ist nach seinem Artikel 6

am 28. Dezember 2004

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. April 2006

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Adolf Kloeke-Lesch

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Finanzielle Zusammenarbeit 2002

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Indonesien –

(im Folgenden als die „Vertragsparteien“ bezeichnet) – im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Indonesien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 12. Dezember 2002 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indonesien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „S-Bahn Nahverkehrssystem Jabotabek“ ein Darlehen bis zu insgesamt 15 000 000,- EUR (in Worten: fünfzehn Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(3) Die Regierung der Republik Indonesien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Ver-

bindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrages garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Indonesien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Republik Indonesien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indonesien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Die nachfolgend genannten Darlehen werden mit den nachfolgend genannten Beträgen reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 erwähnte Vorhaben verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist:

1. Das im Abkommen vom 12. Juli 1994 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Materialpakete für den Bau von Passagier-Fähren“ (jetzige Bezeichnung: „Materialpakete für kleine Passagierschiffe“) vorgesehene Darlehen mit einem Betrag in Höhe von 3 853 979,62 EUR (in Worten: drei Millionen achthundertdreißigtausendneunhundertneunundsiebzig 62/100 Euro);
2. das im Abkommen vom 22. Januar 1996 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Dieselstationen V“ vorgesehene Darlehen mit einem Betrag in Höhe von 4 945 628,84 EUR (in Worten: vier Millionen neunhundertfünfundvierzigtausendsechshundertachtundzwanzig 84/100 Euro);
3. das im Abkommen vom 12. November 1996 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Industrieller Umweltschutz Batam“ (jetzige Bezeichnung: „Sicherung der Schifffahrtswege“) vorgesehene Darlehen mit einem Betrag in Höhe von 3 200 000,- EUR (in Worten: drei Millionen zweihunderttausend Euro);
4. das im Abkommen vom 29. November 2002 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Sektorprogramm Gesundheit“ vorgesehene Darlehen mit einem Betrag in Höhe von 1 169 378,22 EUR (in Worten: eine Million einhundertneunundsechzigtausenddreihundertachtundsiebzig 22/100 Euro).

Insgesamt werden somit 13 168 986,68 EUR (in Worten: dreizehn Millionen einhundertachtundsechzigtausendneuhundertsechundachtzig 68/100 Euro) für das in Artikel 1 Absatz 1 erwähnte Vorhaben reprogrammiert.

(2) Der im Abkommen vom 25. Februar 1993 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Waldbrandbekämpfung“ (jetzige Bezeichnung: „Integriertes Feuermanagement“) vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Betrag in Höhe von 4 100 000,- EUR (in Worten: vier Millionen einhunderttausend Euro) reprogrammiert und zusätzlich für das Vorhaben „HIV/Aids-Prävention und Familienplanung“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(3) Die nachfolgend genannten Darlehen werden mit den nachfolgend genannten Beträgen reprogrammiert und zusätzlich für das Vorhaben „Kreditlinie – Industrieller Umweltschutz“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist:

1. Das im Abkommen vom 17. November 1992 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Wasserversorgung Bengkulu“ vorgesehene Darlehen mit einem Betrag in Höhe

von 3 500 000,- EUR (in Worten: drei Millionen fünfhunderttausend Euro); hiervon wird 1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro) als Zuschuss für die notwendige Begleitmaßnahme zur Verfügung gestellt;

2. das im Abkommen vom 29. November 2002 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Sektorprogramm Gesundheit“ vorgesehene Darlehen mit einem Betrag in Höhe von 6 500 000,- EUR (in Worten: sechs Millionen fünfhunderttausend Euro).

Insgesamt werden somit 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) für das Vorhaben „Kreditlinie – Industrieller Umweltschutz“ reprogrammiert, und zwar 9 000 000,- EUR (in Worten: neun Millionen Euro) als Darlehen für die Investitionsmaßnahme und 1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro) als Zuschuss für die Begleitmaßnahme.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, dass ihre jeweiligen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Geschehen zu Jakarta am 6. November 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hermann Sausen

Für die Regierung der Republik Indonesien
Triyono Marjono

Bekanntmachung des deutsch-honduranischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 10. April 2006

Das in Tegucigalpa am 6. Dezember 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Honduras über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 ist nach seinem Artikel 5

am 6. Dezember 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. April 2006

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Adolf Klocke-Lesch

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Honduras
über Finanzielle Zusammenarbeit 2004

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Honduras –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Honduras,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Honduras beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 16. bis 18. Juni 2004 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Honduras oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, ein Darlehen bis zu 5 000 000 EUR (in Worten: fünf Millionen Euro) für das Vorhaben „Kofinanzierung des Poverty Reduction Support Credits (PRSC) II“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Honduras durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Honduras zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder

Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- oder Begleitmaßnahmen nach Absatz 3 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der KfW und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(2) Die Regierung der Republik Honduras, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrags garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Honduras stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Honduras erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Honduras überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tegucigalpa am 6. Dezember 2005 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Paul Albert Resch

Für die Regierung der Republik Honduras
Mario Fortín Midence

**Bekanntmachung
zu dem Sechsten Protokoll zum Allgemeinen Abkommen
über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates**

Vom 13. April 2006

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär des Europarates mit Wirkung vom 1. November 2003 die Erstreckung des Sechsten Protokolls vom 5. März 1996 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (BGBl. 2001 II S. 564; 2002 II S. 2842) auf die Insel Man, deren internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich wahrnimmt, nach Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens notifiziert. Der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 9. November 2001 angebrachte Vorbehalt (vgl. Bekanntmachung vom 17. Oktober 2002 (BGBl. II S. 2842, 2843)) wurde ebenfalls auf die Insel Man erstreckt.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär des Europarates mit Wirkung vom 28. Februar 2006 die Rücknahme des bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 9. November 2001 angebrachten Vorbehalts (vgl. Bekanntmachung vom 17. Oktober 2002 (BGBl. II S. 2842, 2843)) notifiziert. Für die Insel Man bleibt die Erstreckung des Vorbehalts bestehen, bis die erforderlichen Rechtsvorschriften erlassen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. März 2006 (BGBl. II S. 341).

Berlin, den 13. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
über konsularische Beziehungen**

Vom 13. April 2006

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Kambodscha

am 9. April 2006.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Februar 2006 (BGBl. II S. 190).

Berlin, den 13. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im
internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)**

Vom 21. April 2006

Das Europäische Übereinkommen vom 1. Juli 1970 über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) – BGBl. 1974 II S. 1473 – wird nach seinem Artikel 16 Abs. 5 für

Ukraine
in Kraft treten.

am 6. August 2006

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Januar 2005 (BGBl. II S. 311).

Berlin, den 21. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-kapverdischen Abkommens
über den Luftverkehr**

Vom 21. April 2006

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2002 zu dem Abkommen vom 19. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kap Verde über den Luftverkehr (BGBl. 2002 II S. 1545) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 20 Abs. 1

am 9. April 2006

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 21. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-äthiopischen Vertrags
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 21. April 2006

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 3. August 2005 zu dem Vertrag vom 19. Januar 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2005 II S. 743) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2

am 4. Mai 2006

in Kraft treten wird.

Berlin, den 21. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Gemeinsamen Übereinkommens vom 5. September 1997
über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente
und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle**

Vom 21. April 2006

Das Gemeinsame Übereinkommen vom 5. September 1997 über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle (BGBl. 1998 II S. 1752) wird nach seinem Artikel 40 Abs. 2 für

Brasilien am 18. Mai 2006

Island am 27. April 2006

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. März 2006 (BGBl. II S. 288).

Berlin, den 21. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
des deutsch-nepalesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 21. April 2006

Das in Kathmandu am 31. Januar 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 ist nach seinem Artikel 5

am 31. Januar 2006

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. April 2006

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Adolf Kloeke-Lesch

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Finanzielle Zusammenarbeit 2004

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
Seiner Majestät Regierung von Nepal –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Nepal,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Nepal beizutragen,

unter Bezugnahme auf Nummern 4.2, 4.3 und 4.4 des Protokolls vom 6. November 2004 der in der Zeit vom 4. bis 6. November 2004 zwischen den beiden Regierungen in Kathmandu geführten Regierungsverhandlungen, das Schreiben des Ministeriums für Finanzen des Königreichs Nepal vom 22. November 2004 sowie auf die Verbalnoten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kathmandu Nr. 191/2004 vom 24. November 2004 und Nr. 208/2004 vom 23. Dezember 2004 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es Seiner Majestät Regierung von Nepal und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 16 100 000,- EUR (in Worten: sechzehn Millionen einhunderttausend Euro) zu erhalten für die Vorhaben

1. „Basisgesundheitsprogramm III“ bis zu 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro),
2. „Wasserkraftwerk Middle Marsyangdi“ bis zu 12 600 000,- EUR (in Worten: zwölf Millionen sechshunderttausend Euro),
3. „Wasserkraftwerk Middle Marsyangdi/Konfliktpräventive Begleitmaßnahmen“ bis zu 500 000,- EUR (in Worten: fünfhunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-

land und Seiner Majestät Regierung von Nepal durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es Seiner Majestät Regierung von Nepal zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(2) Seiner Majestät Regierung von Nepal, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Seiner Majestät Regierung von Nepal stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge im Königreich Nepal erhoben werden.

Artikel 4

Seiner Majestät Regierung von Nepal überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kathmandu am 31. Januar 2006 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Franz Ring

Für Seiner Majestät Regierung von Nepal
Bhanu Prasad Acharya

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 24. April 2006

Das Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 1506) zum Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741) ist nach seinem Artikel 37 Abs. 2 für

Swasiland	am 13. April 2006
in Kraft getreten. Es wird ferner für	
Serbien und Montenegro	am 9. Mai 2006
in Kraft treten.	

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. Januar 2006 (BGBl. II S. 183).

Berlin, den 24. April 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer